INFORMATIONSBLÄTTER der

INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE (IFM) LEIPZIG

Nr. 3 / 3. Febr. 90



MITARBEITER DER STASI WURDEN IN DIE POLIZEI ÜBERNOMMEN

Leipzig (IFM-Infodienst). Gegen die Stimmen der Unabhängigen Fraueninitiative, der Vereinigten Linken, des Neuen Forum, der IFM, der Grünen Partei und der Ost-CDU beschloß der Runde Tisch des Bezirkes Leipzig auf seiner letzten Sitzung die Übernahme einiger Spezialisten und einer Nachrichteneinheit aus dem ehemaligen MfS / ANS in die Polizei.
Die Deutsche Soziale Union (DSU) und der Demokratische Aufbruch begründeten ihre Entscheidung für eine Übernahme wie die Altparteien mit der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit.

Gysi in Amerika unerwünscht

SED-PDS-Chef Gysi ist nicht allein wegen des vorgezogenen Wahltermins von seiner Amerika-Reise zurückgetreten.
Auf Initiative der Free Congress Foundation und der International Freedom Foundation haben einflußreiche Amerikaner dem SED-Führer deutlich gemacht, daß seine Anwesenheit beim National Prayer Breakfast (Nationales Gebets-Frühstück), an dem er ursprünglich teilnehmen wollte, unerwünscht sei. Adam Breeze, Direktor des Europäischen Entwicklungsprogrammes der International Freedom Foundation erklärte gegenüber der Presse. "Es ist geradezu unmoralisch, den Führer der DDR-Kommunisten in Amerika zu empfangen, obwohl jeder Amerikaner weiß, daß die Bevölkerung Ostdeutschlands gerade verzweifelt versucht, Gysi und die übrigen SED-Unterdrücker loszuwerden." Breeze kündigte gleichzeitig an, daß seine Organisation die Wahlen in der DDR durch eine internationale parlamentarische Delegation beobachten lassen werde. Die International Freedom Foundation will auf diese Weise ihre Solidarität mit denjenigen zum Ausdruck bringen, die sich in der DDR für einen freiheitlichen Rechtsstaat einsetzen.

Mitteilung der International Freedom Foundation

Berichtigung: Die jugoslawische Banknote im Artikel über Jugoslawien hat den Wert von 2 Mill. Dinar, und nicht, wie versehentlich unterschrieben , 200 Mill. Dollar.

INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE, Regionalgruppe Leipzig
Demmeringstr. 21, Leipzig 7033, Tel. 47 04 07 und 4 78 71 95

Die INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE bearbeitet in Leipzig vorrangig folgende Themen:

- Menschenrechte in der DDR und im Ausland,
- Politische Prozesse in der Geschichte der DDR,
- der Strafvollzug und die Erneuerung der Strafvollzugsbedingungen,
- Recht auf Wehrdienstverweigerung,
- Rechte der Frauen - Gewalt gegen Frauen,
- Gesundheit und Soziales.

WIR LADEN EIN:

Zur Nutzung unserer Bibliothek zu Politik, Geschichte und Zeitgeschehen:
Dienstag und Donnerstag 15.00 - 19.00 Uhr
Zur Information in unser Büro:
Dienstag und Donnerstag 15.00 - 19.00 Uhr
Mittwoch 11.00 - 14.00 Uhr
Samstag 10.00 - 12.00 Uhr

Sprechzeiten:

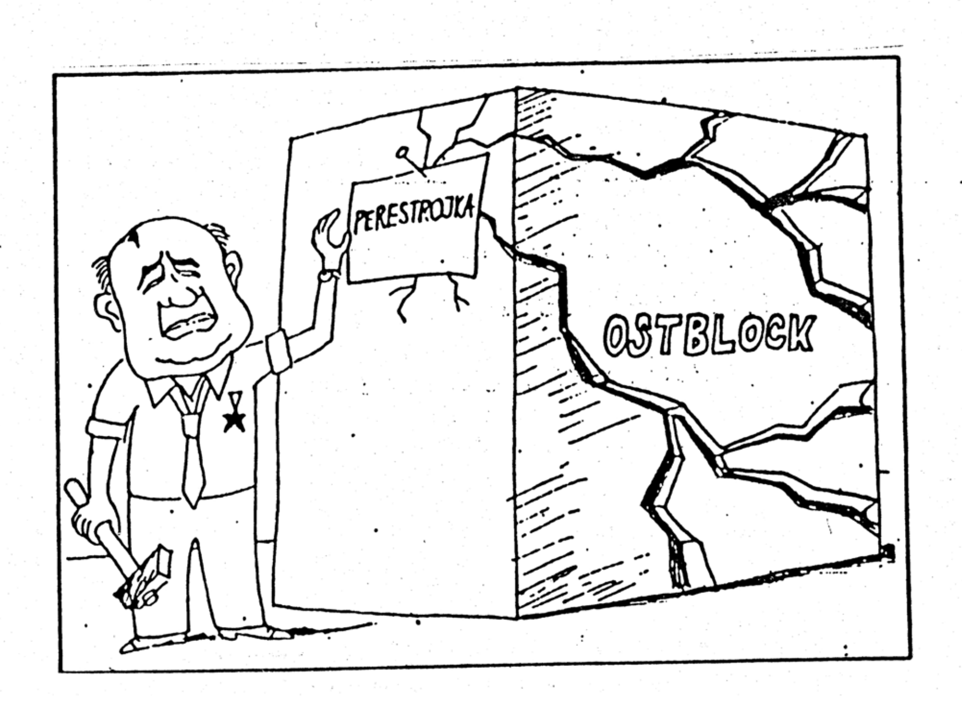
- für Betroffene von politischen Prozessen i.d. DDR
- für den Runden Tisch der Stadt u. des Bezirkes Leipzig
- für den Ausschuß "Recht" des Bürgerkomitee Leipzig

Mittwoch 18.00 - 20.00 Uhr

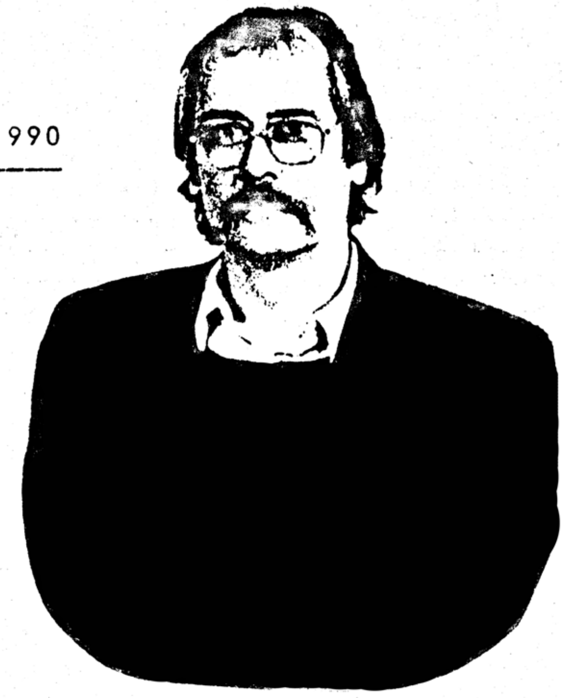
Arbeitskreis Gesundheit und Soziales
Donnerstag 18.00 bis 20.00 Uhr

INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE,
Haus der Demokratie, B.-Göhring-Str. 152, Leipzig 7030, Tel. 3 91 10 06

Arbeitsgruppe Strafvollzug	Dienstag	16.00 - 20.00 Uhr
Arbeitskreis Suchtprobleme und soziale Konflikte	Mittwoch	16.00 - 20.00 Uhr
Kontaktbüro der IFM	Freitag	15.00 - 17.00 Uhr



Pressemitteilung an das ADN vom 31. Jan. 1990


Gerd Poppe, IFM Berlin

Die INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE teilt im Ergebnis ihrer soeben stattgefundenen Mitgliederversammlung mit: Der zwischen den Vertretern der Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Modrow und den am Runden Tisch vertretenen oppositionellen Parteien und Vereinigungen vereinbarte Kompromiß mit dem Ergebnis, jeweils einen Minister ohne Ressort in die Regierung zu entsenden, wird von der IFM mitgetragen. Mit Blick auf die derzeitige Situation in unserer Gesellschaft und um eine Regierbarkeit bis zu den Wahlen und damit freie und unabhängige Wahlen überhaupt zu gewährleisten, betrachten wir unsere Entscheidung als notwendig, obwohl solch eine Funktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns als nicht demokratisch legitimiert betrachtet wird.

Von der IFM wird für diese Funktion Gerd Poppe benannt, der 1985 eines der Gründungsmitglieder der IFM war. Er wird im Auftrag der IFM die Funktion des Runden Tisches auf Regierungsebene heben und damit für unser Land wichtige Entscheidungen kontrollieren und im Sinne der IFM zu beeinflussen suchen.

Sprecher der IFM: Werner Fischer
Thomas Rudolph

Als weitere Minister ohne Geschäftsbereich wurden benannt:

Sebastian Pflugbeil (Neues Forum),

Walter Romberg (SPD),

Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt),

Rainer Eppelmann (DA),

Klaus Schlüter (Grüne Liga)

Aufgrund der persönlichen Erklärung zur Deutschlandpolitik von Hans Modrow zog die Vereinigte Linke ihren Minister am Freitag aus der Regierung zurück.

INITIATIVE FRIEDEN und MENSCHENRECHTE

Öffnen sich die Gitter?

Wir haben wieder eine Amnestie. Aber: Wer kümmert sich um die Menschen, die Monate oder Jahre weg vom Fenster waren?
Jetzt sind sie wieder unter uns, aber sie bleiben allein mit ihrer Angst, wieder rückfällig zu werden. Die Wiedereingliederungsbedingungen sind andere, aber nicht besser als zuvor. Können wir zulassen, daß die Amnestierten in den Teufelskreis von Isolation, Subkultur und Kriminalität zurückfallen?

Wir rufen auf, Gruppen zur Hilfe und Selbsthilfe für und von Haftentlassenen zu bilden, wo immer sich Menschen davon angesprochen fühlen. Die Chance einer politischen Gesundung hängt auch ab vom Einsatz für die am Rand Stehenden.
Wir bieten Ihnen Beratung und Information zu Hilfe und Selbsthilfe an.

Um eine dauerhafte Neugestaltung des Strafvollzugs zu gewährleisten, setzt sich die INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE darüberhinaus ein für

- eine Neufassung des Erziehungsbegriffs im Strafvollzug im Sinne einer Resozialisierung vom ersten Hafttag an,
- eine Neufassung der Strafprozeßordnung, der Untersuchungshaftordnung, des Strafvollzugsgesetztes und des Wiedereingliederungsgesetzes.

Als Sofortmaßnahmen fordern wir:

- die Unterstellung des Strafvollzugs unter das Justizministerium,
- das Ende der Briefzensur,
- die Aushändigung des Urteils nach allen Verhandlungen,
- die Unterstellung des Strafvollzugs unter demokratische Kontrolle durch die Einsetzung eines Beauftragten für den Strafvollzug durch die Volkskammer. Dabei sollten besonders Haft- und Arbeitsbedingungen sowie die medizinische Betreuung und Arrestierungen kontrolliert werden,
- die Bildung von Gefangenenräten zu deren Interessenvertretung,
- die Erhöhung der Arbeitsvergütung,
- Urlaub für Inhaftierte,
- keine Eischränkung der Medien,
- Einsetzung eines Strafvollzugsbeamten durch die Kommune,
- Beginn der Ausbildung von Sozialarbeitern durch die Kommune,
- ungehinderter Zutritt der Haftseelsorger.

Leipzig, 3. Februar 1990

BERATUNG UND INFORMATION:

im Büro der INITIATIVE FRIEDEN und MENSCHENRECHTE

Haus der Demokratie,
B.-Göhring-Str. 152, Leipzig 7030
Tel. 3 91 10 06

Tel. und Sprechstunde
dienstags 16.00 - 20.00 Uhr



INITIATIVE FRIEDEN und MENSCHENRECHTE

Regionalgruppe Leipzig: Demmeringstr. 21, Leipzig 7033, Telefon: 47 04 07 u. 4 78 71 95

STELLUNGNAHME
ZUM ENTWURF FÜR EIN
ZIVILDIENSTGESETZ IN DER DDR

1. Grunsätze und Mindestanforderungen

Das erstellte Zivildienstgesetz wurde der Öffentlichkeit nicht zur Diskussion vorgestellt. Derzeit halten wir niemanden für berechtigt, Gesetze zu verabschieden. Wenngleich die öffemtliche Diskussion über ein Zivildienstgesetz zu befürworten ist, so wäre ein solches erst nach dem 18. März 1990 von einer demokratischen gewählten Volksvertretung zu erlassen.
Der vorliegende Entwurf für ein Zivildienstgesetz ist für uns nicht annehmbar. Er berücksichtigt nicht die gestellten Mindestanforderungen:
1. keine Gewissensprüfung
2. Ausgliederung aus den milit. Strukturen
3. Ausschließlichkeit des Einsatzes im Gesundheits- und Sozialwesen (eventuell auch im Umweltschutz)

Jeder hat ein Recht auf Wehrdienstverweigerung.(Resolution 46/87 der UN-Menschenrechtskommision vom 10. März 1987)
Wenn dieses Recht in der neuen Verfassung verankert ist, erfolgt nur eine R e g i s t r i e r u n g als "Zivildienstleistender".

2. Zu den Paragraphen

§ 1 : Der Entwurf zeigt den Versuch, den Zivildienstleistenden in einen Arbeitsdienst zu rekrutieren.Der Einsatz des Zivildienstleistenden hat ausschließlich im Gesundheits- und Sozialwesen, eventuell auch im Umweltschutz, statt zufinden.

§ 2 : Der Zivildienst hat nur solange zu dauern wie der Wehrdienst. Zivildienst ist kein S t r a f d i e n s t !

§ 3 : Die Antragstellung entfällt. Die Registrierung erfolgt bei einem zu schaffenden "Amt für Zivildienst". Mit der Registrierung endet die Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums (Information vom AfZ an MfV). Dies schließt den Wegfall der Musterung ein. Das "Amt für Zivildienst" das auch über den Einsatz entscheidet , untersteht nicht dem Rat des Bezirkes oder des Kreises.

§ 4 : Für den Zivildienstleistenden soll eine Begründungspflicht eingeführt werden, jegliche Form von Gewissensentscheidungen ist zu respektieren.

§ 6 : Ein dann hoffentlich verfassungsmäßiges Recht kann nicht gestrichen bzw. widerrufen werden.

§ 12: Um den Mißbrauch des Zivildienstleistenden zu verhindern, wird ein Dienstverhältnis nur mit der Einrichtung abgeschlossen, inwelcher der Dienst geleistet wird.

§ 14 ff.: Die Dienstorganisation und alles was damit zusammenhängt, obliegt dem "Amt für Zivildienst".

Leipzig, den 2. Febr.1990

Warnstreik des Gesundheitswesens in Leipzig

Aufgerufen durch ein Rundschreiben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMH Leipzig kamen am 2. Febr. um 13.00 Uhr ca. 1.000 Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens dieser Stadt zu einem über einstündigen Warnstreik am Neuen Rathaus zusammen. Seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SMH wurden konkrete Forderungen gestellt, dazu gehörte, die alten Strukturen völlig zu zerschlagen und einen eigenständigen Notdienst in Leipzig einzuführen. Die SMH unterstand und untersteht seit ihrer Einführung vor 13 Jahren einerseits dem Gesundheitswesen, welches die Löhne für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt, andererseits aber auch dem DRK, das wahrscheinlich immer noch an die SED-PDS gebunden ist.

Gefordert wurden höhere Löhne, weiterhin eine grundlegende sowie fachlich spezialisierte Ausbildung aller Fahrer und des medizinischen Personals, um erste medizinische Hilfeleistungen bei Notfällen in jedem Falle gewährleisten zu könne.

Frau Dr. Hofmann, Abteilungsleiterin der Inneren Abteilung der Poliklinik Süd-West verlas eine Resolution der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Poliklinik braucht dringend ein neues Gebäude, da die Beschäftigten immer noch in mehr als 25 Außenstellen arbeiten müssen. Die Außenstellen blockieren viele Wohnungen im Stadtbezirk, sind baulich veraltet und nicht bürgernah. Für die Patienten bedeutet oftmals eine Behandlung, von einem Gebäude zum nächsten geschickt zu werden. Die Poliklinik Süd-West leistet mit ihren veralteten und zum Teil ungenehmigten Heizungsanlagen einen erheblichen Anteil zur Luftverschmutzung des Stadtbezirks. Eine wesentliche Forderung ist die Lohnerhöhung und eine angemessene Urlaubserweiterung für alle Beschäftigten.

Frau Dr. Friedrich, die zuständige Internistin des Sonderpflegeheims in der Erich-Zeigner-Allee, verwies auf die katastrophalen Zustände und die menschenunwürdigen Verhältnisse im Heim, es besteht Personalmangel, die technische und materielle Ausrüstung ist alles andere als befriedigend.

Es folgten daraufhin noch andere Wortmeldungen über die erschreckende Situation, das heißt, die schechten Lebensbedingungen in Alters- und Pflegeheimen.

Laborantinnen der KMU forderten bessere fachliche Weiterbildung und die Modernisierung der technischen Ausrüstung.

Einstimmig verlangten alle Warnstreikenden die Absetzung des Kreisarztes Dr. Metzig. Dieser aber gönnt sich indessen noch vier Wochen Urlaub. Zusätzlich geht das Gerücht, er habe sich um den Posten des Ärztlichen Direktors des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie Leipzig-Dösen beworben.

HerrDr. Lehmann, der amtierende kommissarische Kreisarzt konnte zu all dem nur sagen, daß er die Verhältnisse kenne, die Forderungen der Mitarbeiter gründlich lesen und Schritte versuchen werde, alles in die Wege zu leiten. Seine kurze Ansprache wurde von lautstarken Buh-Rufen begleitet.

Bleibt zu hoffen, daß zukünftig die Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens im Interesse der betroffenen Bevölkerung eigenverantwortlich entscheiden und handeln können und nicht mehr auf autoritäre Entscheidungen z. B. der Herren Dr. Metzig und Dr. Lehmann angewiesen sind.

Silke Krasulski,
Initiative Frieden und Menschenrechte,
Mitarbeiterin des Arbeitskreises Gesundheit und Soziales

Wir Deutsche in Europa

Es geht nicht mehr um das OB der deutschen Einheit, sagt Egon Bahr, sondern nur noch um das WIE und WANN! Wer das nicht spürt - wo immer sein politischer Standort sein mag - der geht am Leben vorbei. Die jetzige Opposition in der DDR muß sich besonders in der deutschen Frage bewähren. Wartet sie weiter ab und läßt die Dinge treiben, dann gestalten sie andere. Jeder verlorene Tag bedeutet verlorenes Kapital, denn immer mehr Menschen in der DDR verlangen eine Antwort auf diese Frage, wie die Montagsdemonstrationen und die wachsende Fluchtwelle beweisen. Bis jetzt haben alle neuen politischen Gruppierungen - mit Ausnahme der Vereinigten Linken - ein Bekenntnis zur Einheit Deutschlands irgendwo an den Rand ihrer Programme geschrieben, aber keine von ihnen hat daraus bisher praktische Tagespolitik gemacht. Darin liegt ein schwerwiegender Mangel. Keine innenpolitische Reform kann jetzt mehr diskutiert werden ohne deutschland- und europa-politischen Rahmen dafür. Wie z.B. soll man in der DDR Gesundheits- oder Gewerkschaftspolitik betreiben, ohne zu wissen, was aus Deutschland werden soll? Alle Reform-Konzepte, die sich nur auf die DDR beziehen, sind heute schon reif für den Papierkorb.
Der Grund dafür liegt in der natürlichen Anziehungskraft, die beide Teile der Nation aufeinander ausüben. Das hat mit nationalistischen Gefühlen nichts zu tun. Die gegenwärtige Dynamik in der deutschen Frage hat aber ihre Ursache in der Krise der DDR, die es fraglich erscheinen läßt, ob die DDR als eigenständiges staatliches Gebilde überhaupt existieren kann ohne die Säulen, die sie bisher getragen haben: Mauer, Staatssicherheit und SED. Auch die äußere Stütze der DDR durch die Sowjetunion und die hier stationierten sowjetischen Truppen sind nicht mehr wirksam. Solange Gorbatschow am Ruder ist, glaubt niemand mehr so recht daran, daß die Drohung mit sowjetischen Panzer noch besteht. Das Trauma des 17. Juni 1953, der Intervention in Ungarn 1956 und des Einmarsches in die CSSR im Jahre 1968 ist nicht erloschen, aber es löst sich auf. Die Menschen atmen wieder - und das künstliche geschaffene Gebilde DDR ist in Frage gestellt.
Es gibt im Augenblick niemanden, der den Prozeß des Zusammenwachsens künstlich beschleunigt. Im Gegenteil: Die Sowjetunion, die Westmächte und selbst Helmut Kohl bremsen! Und trotzdem entwickelt sich die Situation so schnell, daß Kohls 10-Punkte-Plan möglicherweise schon überholt ist. Es ist gar nicht mehr gesagt, daß die deutsche Geschichte dem geruhsamen Pfad von der Vertragsgemeinschaft über die Konföderation zur letztendlichen Föderation folgen wird. Alles kann viel schneller gehen, sollte der DDR weiterhin die Luft entweichen. Wer will das aufhalten?
Natürlich: die deutsche Frage ist und bleibt eingebettet in den Prozeß der europäischen Vereinigung. Vaclav Havel, neuer Präsident der

Tschechoslovakei, bezeichnete das Problem so: Er könne sich kein geeintes Europa vorstellen mit einem weiterhin geteilten Deutschland, aber auch kein vereintes Deutschland in einem weiterhin geteilten Europa. Das sind Formulierungen, die Raum schaffen für neue Gedanken: Weil der Prozeß der deutschen Vereinigung sehr dynamisch verläuft, kommt es nicht darauf an, ihn zu bremsen, sondern umgekeht darauf, den Prozeß der europäischen Einigung voranzutreiben und zu beschleunigen. Das kann nicht heißen, daß wir uns um Deutschland kümmern und der Rest soll sich mit Europa herumschlagen - wir sind selbst gefordert, unseren Beitrag zur Europäischen Einigung zu leisten. Das erschöpft sich nicht nur in einer unzweideutigen Erklärung der beiden deutschen Staaten, die polnische Westgrenze weder jetzt noch in Zukunft anzuzweifeln. Diese Erklärung allerdings wird immer dringender, und jede politische Kraft in Ost- oder Westdeutschland sollte für ihr Zustandekommen wirken.
Welches Europa wollen wir? Das Europa der selbstherrlichen Nationalstaaten, der europäischen Großmächte und ihrer wechselnden Koalitionen gegeneinander oder gegen die kleineren Völker - dieses Europa ist in zwei Weltkriegen untergegangen. Die Nachkriegsordnung machte mit dieser "Souveränität" der europäischen Staaten radikal Schluß, aber es entstand eine Ordnung gegensätzlicher Militärbündnisse unter dem Patronat der Supermächte und einander ausschließender Wirtschaftsbündnisse. Die Rechte der Völker wurden in diesem System - besonders in Osteuropa - mehr als einmal verletzt, und Deutschland wurde geteilt. Das jetzt zu schaffende Europa muß eine demokratische Organisation werden, in dem die Rechte des Einzelnen, sich an der gesellschaftlichen Gestaltung zu beteiligen, ebenso garantiert sind wie die von Gruppen oder Nationen. Es muß ein Europa nicht des nationalen Egoismus, sondern der gegenseitigen Verantwortung werden.
Wenn wir Deutschland also jetzt vereinigen, dann streben wir nicht den befürchteten deutschen "Sonderweg" an, sondern die Verbindung unserer Interessen mit denen Europas. Der militärpolitische Aspekt dieser Idee bedeutet: wir streben kein neutrales Deutschland an, während die Blöcke weiterbestehen, sondern eine Auflösung der Militarblöcke und eine neue Organisationsform, die nicht militärisch ist und ganz Europa umfaßt. Unsere geographische Lage in der Mitte des Kontinents verlangt ebenso gute Beziehungen zum Osten wie zum Westen, verlangt eine Überwindung der europäischen Spaltung.
Von den gegenwärtig schon bestehenden europäischen Institutionen ist die "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" die geeignetste, weil hier nicht Militärbündnisse über die Köpfe der Völker hinweg verhandeln, sondern gleichberechtigte Partner. Sie schließt die Sowjetunion ebenso in den europäischen Rahmen ein wie Polen, Zypern, die USA und Kanada. Ihr erklärtes Ziel, die "Solidarität zwischen den Völkern" zu stärken und die frühere Konfrontation zu

überwinden, kann erst jetzt in vollem Umfange in Angriff genommen werden. Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ihre Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet - dieser Zusammenhang bildete den Grundgedanken der Schlußakte von Helsinki vom August 1975.

Alle NATO-Sttaen wie alle Staaten des Warschauer Pakts sind - neben den Neutralen - Mitglieder der KSZE. Wo könnte es also ein besseres Forum geben, um über die schrittweise Auflösung der Militärpakte und die Entmilitarisierung zu beraten? Der Vorschlag der Sowjetunion, noch in diesem Jahr eine KSZE-Konferenz abzuhalten, sollte deshalb von den neuen Gruppierungen in der DDR aktiv unterstützt werden. In diesem Zusammenhang sollte man überlegen, ob die neuen Gruppierungen in der DDR nicht den Vorschlag unterbreiten oder unterstützen sollten, diese Konferenz in Prag abzuhalten. Prag ist ein europäisches Symbol, es liegt in der Mitte des Kontinents und könnte sehr gut die Hauptstadt der zukünftigen europäischen Organisation werden.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort: Es geht hier nicht nur um die Verwirklichung der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki, insbesondere von "Korb drei", in der DDR. Wir müssen nicht Europa auf uns, vielmehr uns auf Europa beziehen. Die DDR ist nicht das einzige Jammertal auf dieser Welt, ihre Probleme nicht die einzigen auf diesem Kontinent. Die beiden deutschen Staaten, erst recht ein vereinigtes Deutschland, haben nicht nur zu nehmen, sondern gleichermaßen zu geben, beispielsweise im Umweltschutz. Europa kann nicht nur eine riesige Freihandelszone sein, in dem die Starken den Schwachen diktieren, sondern muß zu einem Gebiet gegenseitiger Verantwortlichkeit werden, in die die ökonomische Potenz Deutschlands einzubringen ist.

Es ist viel die Rede davon, daß die europäischen Völker besorgt sind über ein vereinigtes Deutschland. Sicherlich, aber noch viel besorgter sind die Politiker, die um ihre althergebrachten Institutionen fürchten, in denen sie sich eingerichtet haben und von denen sie leben. Von einem NATO-Generalsekretär beispielsweise wird man wohl nicht verlangen können, daß er begeistert ist über die Aussicht, die Militärblöcke könnten überflüssig werden. Wer in dem verschlafenen Städtchen Bonn Politik treibt, muß Albträume haben bei dem Gedanken, in das brodelnde Berlin umziehen zu müssen. Was die Völker anbelangt, gründet sich ihre Sorge auf den bitteren Erfahrungen der Vergangeneit. Trotzdem sind sie - wenn man die Umfragen liest - uns nicht unfreundlich gesonnen und bereit, dem deutschen Wunsch nach Einheit eine Chance zu geben. Das trifft sogar auf Polen, die Tschechoslovakei und besonders die Sowjetunion zu. Ihre Sorgen bleiben dennoch und werden nur durch neue, positive Erfahrungen zu überwinden sein. Das setzt voraus, daß wir ihnen mit Offenheit begegnen und unsere eigenen Wünsche und Ziele nicht verleugnen oder hinter unserem neugebackenen Europäertum verbergen.

treten einen völlig neuen Abschnitt der Geschichte, und das Neue enthält sowohl Überraschungen als auch Gefahren. Welche Wirtschafts- und Sozialordnung beispielsweise vorherrschen wird, hängt ab vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis, u.a. davon, ob in der DDR schnell freie und starke Gewerkschaften - verbunden mit denen der Bundesrepublik - entstehen. Grundlage muß in jedem Fall die Demokratie sein. Auch das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes kann sich nur demokratisch durchsetzen. Der erste Schritt wäre, dem deutschen Volk überhaupt die Möglichkeit zu geben, seinen Willen auszudrücken, was nur in einer Volksabstimmung geschehen kann. Wollen wir die Einheit oder nicht? Die neuen Parteien der DDR sollten sich nicht zu fein sein, für eine solche Volksabstimmung, die in beiden Teilen Deutschlands stattzufinden hätte, einzutreten. Ferner - und dies gilt vor allem denen in der DDR, die Angst haben, geschluckt zu werden - muß eine Verfassung ausgearbeitet werden, in die die Erfahrungen und Errungenschaften beider Teile Deutschlands eingehen. Lediglich das Grundgesetz der Bundesrepublik zu übernehmen, hieße auf eine Chance zu verzichten. Die Verfassung aber kann nur eine Verfassungsgebende Versammlung ausarbeiten, die aus freien Wahlen in beiden Teilen nach einheitlichem Wahlrecht hervorgegangen ist.
Wir sollten keine Zeit verlieren, diesen demokratischen Weg zu beschreiten. Ungeduld ist ebensowenig am Platze wie zögerliche Zurückhaltung. Wir werden noch eine zeitlang in provisorischen Staatsgebilden leben, aber besonders für die Menschen in der DDR gilt, daß nicht nur Modelle an die Wand gemalt, sondern praktische Schritte begangen werden müssen.
Für diejenigen in der DDR, die sich im engeren Sinne in der Politik betätigen, verlangt das viel, den sie müssen den gewohnten Boden verlassen, auf dem sie großgeworden sind und der ihre Vorstellungen weitgehend geprägt hat. Davon, wie entschlossen sie das tun, hängt ab, ob auch die bundesdeutschen Politiker aus ihrer selbstgerechten Haltung des großen Onkels aus dem Westen herauskatapultiert werden und sich ebenfalls auf neuen, gesamtdeutschen Boden stellen müssen. Mit anderen Worten: nur eine aktive Deutschlandpolitik auch von Seiten der neuen Gruppierungen in der DDR kann verhindern, daß die DDR der Bundesrepublik einfach als Beute in den Rachen fällt und die 40 Jahre Zweistaatlichkeit mit einer Katastrphe enden.

Rupert Schröter

Berlin, 2. Februar 1990

Den folgenden Beitrag entnahmen w[illegible] "Ost-West-Diskussionsforum"
Nr. 8/9 (1987).

Andrzej Gwiazda

Die polnische Gesellschaft hat mit den Verpflichtungen durch die Auslandsschulden nichts zu tun

Andrzej Gwiazda gehört seit den 70er Jahren zu den Vorkämpfern der ersten Komitees für freie Gewerkschaften im Baltikum und in Danzig. Er ist jetzt, nachdem er zuvor Vizepräsident der Gewerkschaft gewesen war, Mitglied der nationalen *Solidarność*-Kommission. Er teilt nicht den zur Zeit unter der Führung von Walesa verfolgten Kurs von *Solidarność*. Aus diesem Grunde wurde er – wie dutzende andere nationale Gewerkschaftsführer – aus den Führungsgremien der Gewerkschaft entfernt. Andrzej Gwiazda kämpft heute für eine Rückbesinnung von *Solidarność* auf ihre Statuten und Prinzipien, wie sie auf dem Kongreß 1981 verabschiedet worden sind.

Mein Standpunkt zur Auslandsverschuldung

Die Strategie einer Entwicklung durch externe Verschuldung anstelle der Entwicklung der Wirtschaft, der Demokratie, des Lebensstandards und der Gleichberechtigung im internationalen Handel, hat zu wirtschaftlicher Abhängigkeit, Verarmung der Bevölkerung und Stärkung autoritärer Regierungen geführt.

Diese Strategie hat ebenso zu einem Rückschritt in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handwerk geführt. Deren Produktion dient nun nicht mehr der Befriedigung der Bedürfnisse im Lande selbst, sondern dem Export, damit die Kredite zurückgezahlt werden können.

Die Situation der verschuldeten Länder verlangt eine sofortige Lösung. Aber die Verweigerung von Verpflichtungen, die sich aus einem Handelsabkommen ableiten, ist keine Lösung. Einen frei abgeschlossenen Vertrag zu respektieren und ihm nachzukommen, ist eine Errungenschaft der Zivilisation und eine Triebfeder der Entwicklung im 20. Jahrhundert.

Die Situation der verschuldeten Regierungen muß genau untersucht werden. Man muß der vollen Verantwortung Rechnung tragen, welche die Regierungen übernommen haben, die die Kreditabkommen unterzeichneten.

Zuallererst muß man feststellen, wer die vertragsschließende Partei ist. Polen gehört zu den höchstverschuldeten Ländern. Das Regime der Kommunisten ist mit Hilfe blutiger Repression, Folter und Verhaftungen errichtet worden, und es hält sich jetzt mit Hilfe eines noch weiter entwickelten Unterdrückungsapparates der Polizei.

Seit 40 Jahren hat die polnische Gesellschaft keinerlei Einfluß auf die Entscheidungen, die der Apparat und die Verwaltung der kommunistischen Partei getroffen haben.

Man fragte uns weder nach unserer Meinung, noch wurden wir davon in Kenntnis gesetzt, daß die Verwaltung jährlich Waren im Wert von 12 Milliarden US-Dollar in die kommunistischen Länder exportiert (nach anderen Schätzungen sind es gar 50 Mrd. US-Dollar).

Man fragte uns nicht nach unserer Meinung, als weitere Kredite bei den westlichen Banken aufgenommen wurden.

Man informierte uns nicht darüber, wie diese geliehenen Gelder eingesetzt werden. Eine sehr strenge Zensur hat uns nicht einmal gestattet, uns zu dieser Frage zu äußern.

Die kommunistische Partei, die seit 40 Jahren in Polen herrscht, hat zu keinem Zeitpunkt ein Mandat der Gesellschaft erhalten, das es ihr erlaubt hätte, sich als legitime Vertreterin der Nation zu präsentieren. Die „Regierung", die von dieser Partei gebildet wurde, hatte allein die Befugnis, Verträge im Namen der Mitglieder der Kommunistischen Partei abzuschließen. Die polnische Gesellschaft hat keinerlei Verpflichtung übernommen, weder direkt noch indirekt.

Nicht die Völker haben die Verträge unterzeichnet

Das ist eine bekannte Tatsache. Das wissen auch die Gremien und Banken, die die Kreditabkommen unterzeichnet haben. Den Beweis dafür liefert das Interview, das ein Finanzmanager einer amerikanischen Zeitung gab: *„Die Kredite an die Kommunisten sind eine gute Investition. Sicher ist, daß das kommunistische System dazu in der Lage ist, den Lebensstandard ihrer Bürger unendlich tief zu senken, und so sind sie immer zahlungsfähig."*

Eine ähnliche Situation findet man nicht nur in kommunistischen Ländern: es ist genauso in allen Ländern, in denen eine Diktatur regiert und in der die Gesellschaft keinerlei Einfluß auf die Entscheidungen hat, ob die Abkommen unterzeichnet werden und was mit den Krediten geschieht. In diesen Ländern sind nicht die Völker die vertragsschließende Partei, und deshalb können sie auch nicht für die Folgen der Kreditaufnahme herangezogen werden. Von den Völkern zu verlangen, daß sie die Verpflichtungen von Machthabern übernehmen, die weder gewünscht noch akzeptiert sind, ist vom logischen Standpunkt aus betrachtet Unsinn, vom juristischen Standpunkt absurd.

Es wäre genauso absurd, wenn man von der Bevölkerung Chicagos verlangen würde, die finanziellen Verpflichtungen eines Gangsters aus Chicago zu übernehmen.

Unter den verschuldeten Ländern sind auch solche, die sich zum Zeitpunkt der Abkommen noch in einem in struktureller und geistiger Hinsicht kolonialen Status befanden. Die Gesellschaften dieser Länder, in denen es an der elementarsten Bildung und an gebildeten Schichten fehlte, konnten die komplizierten Verhältnisse der Weltwirtschaft nicht genau kennen. Die Regierungen kannten zumeist

---

Andrzej Gwiazda, Führer der polnischen Opposition, unterstützt das Tribunal in Lima

„An die Teilnehmer der Konferenz in Lima

Ich wünsche den Teilnehmern der Konferenz erfolgreiches Arbeiten. Ich wünsche besonders, daß sie Wege finden, den Völkern wirksam zu helfen, von denen verlangt wird, daß sie die finanziellen Verpflichtungen, die ihre widerrechtlich herrschenden Regierungen eingegangen sind, übernehmen.

Ich übermittele Euch meinen Standpunkt in einem Beitrag, den ich für Eure Konferenz vorbereitet habe, sowie einen Text ›Die falsche Strategie der Entwicklung‹, der in unserer Untergrundpresse veröffentlicht worden ist.

A. G.

P.S.: Wir sind damit einverstanden, die Texte, die uns zugesandt wurden, zu veröffentlichen."

---

nicht einmal die natürlichen Reichtümer ihrer Länder oder ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die abgeschlossenen Verträge sind von daher – betrachtet man sie im Lichte der Gesetze der zivilisierten Länder – null und nichtig.

Es ist schwer, die Schuldigen zu finden. Die Schuldigen sind die Ökonomen, die Regierungen der Schuldner- und der Gläubigerländer. Die Schuldigen sind die Intellektuellen und die Organisationen, die die brennende Gefahr nicht erkannt haben. Allen voran trägt die UNO Schuld, die über die Kapazitäten und über spezielle Kommissionen hochqualifizierter Mitarbeiter verfügt, die es ihr erlauben würden, die Situation zu beurteilen. Sie ist eine Organisation, deren Existenzberechtigung darin besteht, solche Situationen wie die, in der jetzt die verschuldeten Länder stecken, zu verhindern.

Genauso schuldig sind die Banken und der IWF. Die Banken folgen dem Prinzip, daß es *„bei Geschäften keine Gefühle gibt"*. Ich schlage vor, dieses Prinzip auf die Untersuchung der Situation der verschuldeten Regierungen anzuwenden.

In Übereinstimmung mit dem Geist dieses Prinzips verliert der Bankier, der in nichtrentable Unternehmen investiert, sein Kapital und hört auf, Bankier zu sein.

Jetzt verlangen die Banken und der IWF, daß die Völker, die die Abkommen nicht unterzeichnet haben, die Verpflichtungen aus diesen Verträgen und Abkommen übernehmen. Sie verlangen die Senkung der Ausgaben für die Bildung, die Gesundheitsversorgung, die kulturelle Entwicklung und die soziale Sicherung. Diese Forderungen entbehren jeder rechtlichen Grundlage. Sie gründen sich allein auf das Mitgefühl gegenüber den Bankiers.

Die Völker der verschuldeten Länder verteidigen

Aber bei Geschäften gibt es keine Gefühle, und die Bankiers müssen die Irrtümer der Bankiers bezahlen. Der Irrtum der Bankiers bestand darin, daß sie die undemokratischen Regierungen als die wahren Eigentümer dieser Länder betrachteten. Die Bankiers glaubten, daß die Unterstützung rechter oder kommunistischer Diktaturen und politischer Parteien der Banken das beste Mittel wäre, um den Widerstand der Gesellschaften gegen die Ausbeutung zu paralysieren.

Polen kann als Beispiel dienen. Man kann hier sehen, daß der Teil der Opposition finanzielle und politische Hilfe aus dem Westen bekam, der es zu seiner Aufgabe machte, die Interessen der Kommunisten zu verteidigen und die Forderungen der Gesellschaft zu bremsen.

Vorschläge:

1.) Es muß eine Kommission eingerichtet werden, die den Grad an Verantwortung der Gesellschaft für die Verschuldung feststellt. Die Grundlage dieser Untersuchung muß die Bestimmung des Grads an Demokratie sein, die zu dem Zeitpunkt, als die Schuldenabkommen unterzeichnet wurden, vorherrschte. Man muß feststellen, welcher Prozentsatz der Kredite in Übereinstimmung mit den Interessen der Gesellschaft investiert wurde. Man muß errechnen, wieviele Schulden zurückgezahlt wurden, und die Verantwortung der Banken herausarbeiten, die Kredite für sinnlose Zwecke vergaben.

2.) Man muß eine breite Solidaritätskampagne zur Verteidigung der Völker der Länder führen, in denen die Regierungen Schulden gemacht haben. Man muß von den Regierungen der demokratischen Länder, von den religiösen Organisationen aller Konfessionen, den Gewerkschaften, politischen Organisationen und allen karitativen Verbänden verlangen, als Organisationen an dieser Aktion teilzunehmen. Man muß an diese Organisationen appellieren, damit sie die notwendigen Mittel freigeben, um die Völker der verschuldeten Länder zu informieren, insbesondere darüber, was die Verantwortung für Geldverschwendung betrifft.

3.) Es muß ausreichender Druck auf die UNO ausgeübt werden, um sie dazu zu zwingen, sich ernsthaft und wirksam mit der Verteidigung der Völker zu befassen, auf denen die Verantwortung für Schulden lastet, die sie nicht gemacht haben.

4.) Es muß ein internationales Tribunal gebildet werden, dessen Urteil in eindeutiger Weise den Grad der finanziellen Verantwortung der Regierungen, Diktaturen, Banken und der Völker definiert, und das ebenso Form und Fristen der Rückzahlung oder Annullierung der Schulden festlegt.



Streik der Bergarbeiter, August 1988 – Die Zeche war von Polizei umstellt



Demonstration der Parteien KPN und PPS am 21. 2. 1989 in Warschau für freie Wahlen

ai amnesty international



NEIN ZUR TODESSTRAFE

In den vorrangegangenen Informationsblättern Nr. 2 vom 29. 1. 90 berichteten wir über eine Aktion "NEIN ZUR TODESSTRAFE" von "amnesty international". Wir wollen in den folgenden Info-Blättern näher auf die Todesstrafen und Hinrichtungen in einzelnen Ländern eingehen. Dabei stützen wir uns auf Informationen von "amnesty international".

TODESSTRAFE IN CHINA

Todesurteile und Hinrichtungen in China wurden im vergangenen Jahr 1989 zur traurigen Aktualität. Bilder von Todeskandidaten mit gefesselten Händen gehen um die ganze Welt. Doch schon seit langem gehören Todesurteile und Hinrichtungen zur vielgeübten Praxis der Justiz in China.
Der Anwendungsbereich der Todesstrafe wurde seit 1980 verdoppelt und liegt derzeit bei über 30 Delikten, die derart geahndet werden. Mit dem Tode geahndet werden nicht nur Straftaten wir Mord, Vergewaltigung oder Raubüberfall, sondern beispielsweise auch Bestechung, Korruption, Fahrraddiebstahl, das Entrollen eines "konterrevolutionären Spruchbandes, "Belästigung" von Frauen, Organisation von "reaktionären Geheimgesellschaften" sowie "Weitergabe von Methoden zur Begehung von Straftaten". Jugendliche, die zur Tatzeit 16 bis 18 Jahre alt waren, dürfen lediglich nicht vor Vollendung des 18 Lebensjahres hingerichtet werden.
Angeklagte in China haben fast keine Rechte und tatsächlich bestehende sind durch nachträglich erlassene Zusatzgesetze eingeschränkt oder aufgehoben.
So gibt es zum Beispiel weder im Gestz noch in der Realität eine Anerkennung des Rechts, als unschuldig zu gelten, bis die Schuld von einem ordentlichen Gericht nachgewiesen ist. Gerichtsverfahren sind meist eine bloße Formalität, da das Urteil normalerweise bereits vor einer Verhandlung feststeht.
Die Berufungsfrist wurde zudem 1983 von 10 auf 3 Tage verkürzt. Ein ebenfalls 1983 erlassenes Zusatzgesetz ermöglicht es, in bestimmten Fällen, Angeklagte vor Gericht zu bringen, ohne ihnen vorher eine Anklageschrift zu übergeben. Angeklagte dürfen aber erst nach Erhalt der Anklageschrift Kontakt zu einem Rechtsanwalt aufnehmen, dem aber kaum eine Chance gegeben wird, auf das Resultat des Strafprozesses einzuwirken.

»Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.«

»Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.«

Sie hat abschreckende Wirkung, sagen die Befürworter. NEIN, sagt amnesty international! NEIN, sagen auch Sie!

Sie ist gerecht, sagen die Befürworter. NEIN, sagt amnesty international! NEIN, sagen auch Sie!

Sie ist die angemessene Strafe für besonders grausame Verbrechen. NEIN, sagt amnesty international! NEIN, sagen auch Sie!

Und mit amnesty international sagen Sie NEIN zur Todesstrafe!

Die Anzahl der Justizirrtümer erhöht sich durch das Fehlen einer wirksamen Berufungs- und Revissioninstanz, doch werden in der chinesischen Presse "irrtümlich" vollstrekte Todesurteile nur selten publik gemacht. Auch das Recht auf Begnadigung existiert anscheinend nur auf dem Papier, denn ai ist kein einziger Fall von Begnadigung durch den Staatspräsidenten bekannt, obwohl dieser das Recht dazu hat.
Bereits zum Tode verurteilte Gefangene werden oftmals Tausenden von Zuschauern vorgeführt und zur Schau gestellt, um "die Massen zu erziehen". Auch im chinesischen Fernsehen wurde derartiges schon gezeit.
Massenhinrichtungen sind - zum Teil öffentlich - im ganzen Land durchgeführt worden.



Todesurteile werden in der Volksrepublik China durch Genickschuß vollstreckt, wobei das Opfer mit gefesselten Händen auf dem Erdboden kniet.

Jugoslawien: jährliche Inflationsrate von 2500%

Ende Dezember interviewten wir einen politisch engagierten Bürger kroatischer Nationalität aus Kosovo zur ökonomischen, sozialen und politischen Lage im Land:

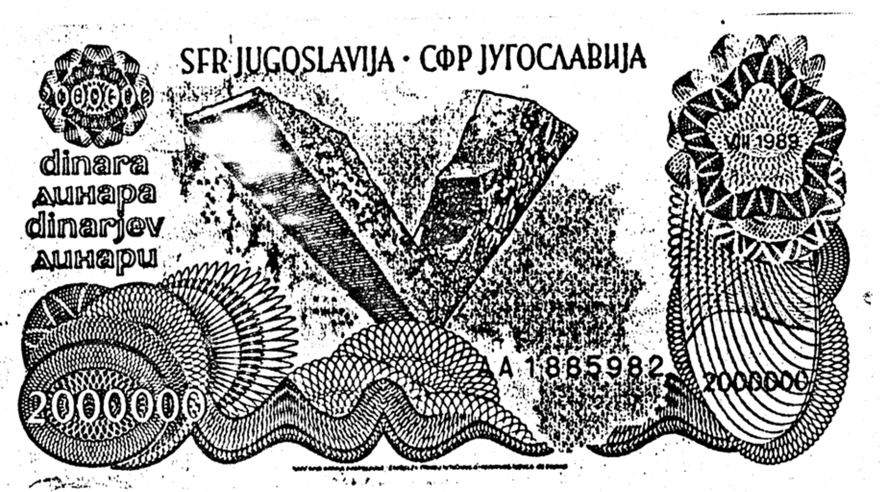
Könnten Sie uns zunächst bitte einige ökonomische Fakten nennen?

Die Inflationsrate wird in diesem Jahre 2500 % betragen. Die Industrieproduktion stagniert seit 1981, in den letzten 2 Jahren ist sie sogar zurückgegangen. Jugoslawien hat 1,2 Mill. registrierte Arbeitslose, dabei muß man berücksichtigen, daß nur 7 Mill. Arbeiter beschäftigt sind und die versteckte Arbeitslosigkeit beträgt zwischen 500.000 und 1 Million Arbeiter zusätzlich. Jugoslawien ist mit 20 Milliarden US-Dollar im Ausland verschuldet, die innere Verschuldung beträgt auch 20 Milliarden US-Dollar. Das heißt, das Geld existiert zwar auf dem Papier, aber nicht in der Realität.



Seit wann ist die Inflationsrate so hoch?

Seit 1980 verdoppelt sich die Inflationsrate jedes Jahr, in manchen Jahren hat sie sich sogar verdreifacht. Die Regierung plant für 1990, die Inflationsrate auf 1 500 % zu senken.



Banknote über 200 Millionen Dollar. Foto: Spiegel 21/89

Wie leben die Menschen mit einer Inflationsrate von jährlich 2500 %, das heißt, monatlich 50 %?

Ich will dazu nur einige Beispiele nennen: z.B. kaufen die Leute 2 Wochen bevor sie ihr Gehalt bekommen mit Scheck ein, weil dieses Geld dann 2 Wochen später vom Konto abgebucht wird (d.h., wenn das Gehalt kommt). Sie sparen damit ungefähr ein Drittel ihres Gehaltes. Sie haben sozusagen ihr Gehalt, was sie erst am 1. des Monats erhalten, am 15. des Vormonats bereits ausgegeben. Man kauft also immer auf Vorrat ein - Mehl, Zucker usw. wird gleich für ein halbes Jahr gekauft. Manche Leute schaffen sich große Lager an, 100 kg Mehl, Zucker usw.

Was unternimmt die Regierung, um diesen Prozeß einzudämmen?

Die Regierung will viel tun, sie will endlich eine konsequente Marktwirtschaft durchsetzen. Dazu muß man, daß es in den letzten 20 Jahren sozusagen eine halbe Marktwirtschaft gab. Wir hatten gesellschaftliches Eigentum, wie es in der Verfassung heißt. Aber was war das? Wem gehörte dieses gesellschaftliche Eigentum? Es gehörte demjenigen, der die Macht hatte, und das war die Partei bzw. die Parteikomitees. Wir hatten Unternehmen, die Profit machten und Fabriken, die mit Verlust arbeiteten. Dieser Verlust der Fabriken war durch das System beireits vorprogrammiert. Es gab zwei Sorten von Preisen: freie Preise und Preise, die unter Kontrolle des Staates standen. Und die Betriebe, die mit Verlust arbeiteten, sind die Betriebe, die mit Verlust arbeiteten, sind Betriebe mit Preisen, die unter Staatskontrolle lagen. Das heißt, im System selber liegt dieser Verlust, es ist nicht die Frage der Arbeiter, daß sie schlecht arbeiten, sondern das System produziert sozusagen diesen Verlust. Und jetzt will die Regierung, und das versteht sie unter konsequenter Marktwirtschaft, die verlustbringenden Betriebe schließen.
Der Minister für Arbeit und Sozialpolitik hat das Programm sehr deutlich umrissen: Er führte aus, daß man 1,5 Mill. Arbeiter entlassen müßte von den 7 Mill. beschäftigten Arbeitern. Damit sie eine Chance haben, will er - sozial wie er ist - das über 5 Jahre strecken, d. h. 300.000 Arbeiter jährlich entlassen.
Der Zynismus dieses Ministers wird allein dadurch deutlich, daß er erzählt, er hatte einen großen Streit mit dem Minister für Industrie und er erläutert, daß er sich durchgesetzt hätte, do daß die Arbeiter jährlich entlassen werden.
Bei den Löhnen haben sie schon massiv gekürzt, seit 1980 ist das Lohnniveau um 50 % gesunken. 1980 betrug der Lohn ungefähr 800 DM, heute liegt er bei 300 DM. Dabei muß man natürlich berücksichtigen, daß die D-Mark inzwischen auch an Kaufkraft verloren hat.

Ein Lohn von 300 DM ist im Normalfall doch recht wenig. Wie hoch sind denn die Lebenshaltungskosten in Jugoslawien?

Also meine Mutter, sie ist Rentnerin, bekommt eine Pension von 80 DM. Davon bezahlt sie für eine subventionierte Wohnung 5 DM, für Strom 60 DM, für Wasser und sonsitge Ausgaben 15 DM, um essen zu können, muß sie noch zusätzlich arbeiten gehen. Für Personen, die kein Recht auf eine subventionierte Wohnung haben, kostet die Wohnung ungefähr 250 DM. Das heißt, bei einem Gehalt von 300 DM kann kaum jemand überleben. Deswegen

bleibt nur die Möglichkeit, entweder zu heiraten, so daß beide Ehepartner arbeiten gehen können, oder bei den Eltern zu wohnen. In den Städten selber breitet sich der Hunger aus, die einzigen, die noch relativ gut leben, sind diejenigen, die in der Landwirtschaft für sich selbst produzieren. Das zeit auch, daß Kinder ein Luxus sind, denn sich kaum noch jemand leisten kann. Die Sterberate liegt in Jugoslawien inzwischen höher als die Geburtenrate.
Die Arbeiter in den Fabriken arbeiten dort nicht wirklich, sondern sie machen ihr Geld oft in einem zweiten Beruf auf dem Schwarzmarkt.
Die Absenkung des Lebensstandards macht ein Beispiel deutlich: Eine Familie, die in den 60er Jahren von Zeit zu Zeit noch etwas kaufen konnte, wie Waschmaschine, Möbel usw., kann heute gar nichts mehr kaufen. Wenn heute jemand heiratet und beide Geld verdienen, so können sie damit nur überleben. Ein Regal kostet z.B. den Lohn von 2 Jahren Arbeit, und zwar den gesamten Lohn.

Wenn es den beschäftigten Arbeitern schon so schlecht geht, wie leben dann die Arbeitslosen? Erhalten sie Arbeitslosenunterstützung?

Nur 0,5 % der Arbeitslosen erhält Arbeitslosenunterstützung, der Rest lebt von seinen Familien. Dabei muß man wissen, daß ungefähr 80 % der Arbeitslosen unter 27 Jahre alt sind. Es gibt aber auch noch eine andere Entwicklung. Es bilden sich Slums heraus. Es ist natürlich verboten, einfach ein Haus irgendwo hinzustellen. Aber immer mehr Menschen bauen in einer Nacht sozusagen Wohnungen. Diese werden vom Staat geduldet, weil er weiß, daß die Wohnungsnot so groß ist. Um nur noch ein letztes Beispiel zu nennen: selbst die offiziellen Zeitungen beklagen, daß gerade in der Textilindustrie so viele Arbeiter während der Arbeitszeit bewußtlos werden. Woran liegt das? Sie erhalten ihre Lebensmittel in der Fabrik, bringen sie nach Hause und geben sie ihren Kindern. Selber essen sie kaum etwas, so daß sie dann eben während der Arbeit bewußtlos werden.

Wie sieht es aus im Gesundheitswesen, muß man medizinische Hilfeleistungen bezahlen?

Nein, nur die Medizin. Aber 50 % der Medikamente sind nicht erhältlich. Sie werden fast alle importiert und dafür git es kein Geld.

Wenn eine solche Armut herrscht in Jugoslawien, wo fließt der Gewinn dieser Gesellschaft hin?

Es gibt natürlich einige Gewinner. Wer schon Geld hat, kriegt immer mehr. Meistens sind es die Kinder der Bürokraten



MACHT *demonstriert die Staatsgewalt im Kosovo – hier bei einer Albaner-Demonstration in Urosevac –,* ***wo immer sie kann. Bild: ap***

selber, die heute die neue reiche Schicht darstellen. Sie zahlen kaum Steuer bzw. anstatt der Steuer bestechen sie die Finanzbeamten. Sie haben die ganzen Privatunternehmen unter ihrer Kontrolle und verdienen also viel Geld.

Gibt es in der sozialen Situation Unterschiede zwischen Nord und Süd?

Es gibt einen ganz großen Unterschied zwischen Nord und Süd. Das, was ich beschrieben habe, war die Situation im Norden des Landes, im Süden ist es noch viel katastrophaler. Dort wandern die Leute inzwischen aus Hungersnot aus in andere Länder, nach Amerika, nach Australien, in die Bundesrepublik. Und dieser Unterschied ist historisch bedingt, der Norden war sehr viel früher industrialisiert, er gehörte zur k. k. Monarchie (königlich-kaiserliche Monarchie - A.d.R.) während der Süden bis 1912 unter türkischer Besetzung stand und überhaupt nicht industrialisiert wurde.

Können Sie bitte kurz die Nationalitätenkonflikte in Jugoslawien schildern?

Wir haben sechs Republiken und zwei autonome Provinzen.
Um auf die Nationalitätenkonflikte einzugehen, muß ich ganz kurz auf die Entwicklung in den letzen zwei Jahren zurückkommen.
Angesichts der bereits geschilderte sozialen Lage gab es eine Streikbewegung, die seit dem Jahr 1987 alle Teilrepubliken, alle Städte erfaßt hat. Diese Streikbewegung ist bis heute nicht beendet. 1989 hatten wir 2000 Streiks und 1/2 Million Streikende.
Den sozialen Inhalt dieser Streikbewegung macht ein Beispiel deutlich: Im Kosovo, wo Serben und Albaner leben, haben die Serben und die Albanier gemeinsam gegen die Bürokratie gestreikt. Trotz der massiven Unterdrückung, die selbst jede Versammlung der Albanier verbietet. Angesichts dieser Streikbewegung hat die Bürokratie begonnen, um ihre Macht zu sichern, die Nationalitätenkonflikte zu schüren. Sie schüren also die Nationalitätenkonflikte direkt von Regierungsebene aus. Sie hetzen einen gegen den anderen. So behauptet die serbische Regierung, daß sie ausgebeutet würde von den Slowenen. Oder die serbische Regierung behauptet, daß die Albaner im Kosovo serbischen Lebensraum nehmen. Um das Ausmaß der nationalen Unterdrückung an einem Beispiel zu zeigen, möchte ich auf den Kosovo zurückkommen. Seit 1981, wo die erste Demonstration gegen die nationale Unterdrückung stattfand, sind von den 1 1/2 Millionen Einwohnern des Landes 1/2 Million verhaftet, vorgeladen, inhaftiert worden, hatten also Kontakt mit der Polizei. Und diese Angabe ist eine offizielle Angabe der Polizei im Kosovo.
Die Polizei veröffentlichte diese Zahlen, als sie sich verteidigte gegen die Vorwürfe der serbischen Regierung, daß sie uneffektiv handeln. Also der ehemalige Polizeichef ist heute der Chef der Partei, das heißt, die Partei ist die Polizei.
Um noch ein Beispiel zu bringen über die Unterdrückung im Kosovo:
Nach den großen Demonstrationen in diesem Frühjahr 1989, als eine halbe Million Menschen im Kosovo demonstrierten, hat die Regierung eine ganz harte Unterdrückungswelle eingeleitet. Nach offiziellen Angaben ermordeten sie 24 Leute, mehrere hundert wurden in sogenannten Konzentrationslagern festgehalten, istoliert, sie hatten gar keine Rechte mehr, weniger als jeder Gefangene, niemand wußte, wo sie waren und in diesen Lagern wurden sie geschlagen. Diese Unterdrückungswelle ging von Milošević in Serbien aus, der die Mobilisierung des Nationalismus in Serbien gleichzeitig nutzte, um in Serbien alle unabhängigen Bewegungen und Bestrebungen zu unterdrücken. Es wird ihm nachgesagt, daß er eine Nähe zum Faschismus habe. Die größte serbische Zeitung, "Politika", ist identisch mit dem völkischen Beobachter.

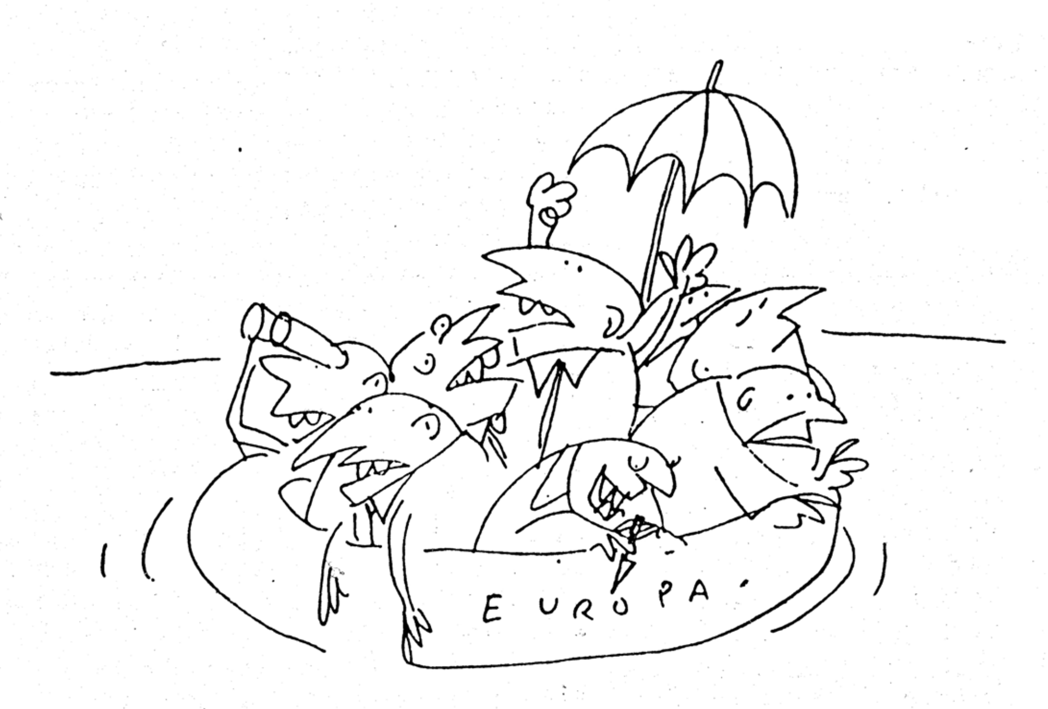


Verhafteter serbischer Demonstrant*

Foto: Spiegel 50/89

Können Sie bitte kurz die politische Situation beschreiben?

Es ist chaotisch. Es gibt keine legalisierte opositionelle Partei in ganz Jugoslawien. Es gibt in einigen Teilrepubliken tolerierte unabhängige Organisationen, so z. B. in Slowenien eine sozialdemokratische Partei, in Kroatien eine kroatische sozialliberale Liga, der Nate Partei ist verboten, und die Jugoslawische Demokratische Initiative. Eine einheitliche unabhängige Organisation in ganz Jugoslawien, über alle Teilrepubliken hinweg, gibt es bisher nicht. Unglücklicherweise.
Auf gesamt jugoslawischer Ebene gibt es eine Reihe illegaler Organisationen, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Sie geben illegale unabhängige Zeitungen heraus, sie organisieren unabhängige illegale Gewerkschaften, Das Problem der tolerierten Organisationen ist, daß sie nur auf Republikebene existieren und daß sie Kontakte zum Apparat haben. Somit sind sie integriert in das Spiel, um die Nationalitätenkonflikte zu schüren. Die Partei einer Region mißbraucht sie sozusagen, um die nationale Mobilisierung in einer Teilrepublik gegen die andere zu organisieren.
Eine Opposition über alle Grenzen der Teilrepubliken hinweg wird bisher sehr scharf verfolgt und unterdrückt.



EUROPA UNTER EINEM DACH?

Nutzen Sie die Möglichkeit politischer Information und Bildung am:

9. Febr., 19.30 Uhr	"Soziale Marktwirtschaft"
12. Febr., 20.00 Uhr	Ulf Fink (Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Westberlin): Soziale Marktwirtschaft und freie Gewerkschaften. Das soziale Netz der Bundesrepublik Deutschland
20. Febr., 19.30 Uhr	Rechtsanwalt Jürgen Adler (Mitglied des Abgeordnetenhauses von Westberlin, CDU-Fraktion): Die Deutschlandpolitik der CDU (West)
21. Febr., 19.30 Uhr	Jörn Ziegler (Frankfurt/Main, Pressesprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte): Menschenrechtsverletzungen in Namibia
27. Febr., 19.30 Uhr	Gerd Jörg Frankowski (Hannover, Dipl.-Politologe): Der Prozeß der Teilung Deutschlands 1944-45 und die Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland
28. Febr., 19.30 Uhr	Thomas Rudolph (Leipzig, Sprecher der IFM): Opposition in Leipzig - Zwei Jahre Kampf um die Durchsetzung demokratischer Rechte und Freiheiten. Eine erste Bestandsaufnahme
2. März, 19.30 Uhr	IG Metall (Köln und Rheinhausen): Arbeitnehmerpolitik für unabhängige Gewerkschaften in Ost und West. Diskussion
3. März, 19.30 Uhr	Mitglied des Deutschen Gewerkschafts Bundes: Chancen und Grenzen der IG Metall im Kampf um die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. Diskussion

Wir laden Sie recht herzlich ein:

INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE (IFM) LEIPZIG

Alle Veranstaltungen finden in unseren Räumen in der Demmeringstr. 21 statt (in der Nähe vom W.-Liebknecht-Platz)
(zu erreichen mit Straßenbahn 17, 27, 57, 12, 13, 15)